

Massenbach-Letter. News

-----„Von Köln geht eine so nachhaltig verstörende Wirkung aus, weil sich die dortigen Vorgänge sowohl als Bestätigung alter Befürchtungen verstehen lassen wie auch als Menetekel für eine deutsche Zukunft, die niemand erleben will.“-----



## Frankfurter Allgemeine Flüchtlingskrise

Alert: „Es wird einsamer um die Kanzlerin“

„Es wird einsamer um die Kanzlerin“ – mit diesem Tenor berichten Abgeordnete über die Fraktionssitzung der CDU/CSU. Von den rund 15 Wortmeldungen hätte sich nur eine einzige für die Kanzlerin und ihren Flüchtlingskurs ausgesprochen. Der Rest plädierte für einen Kurswechsel, berichten Teilnehmer.

<http://www.zdf.de/merkel-in-der-kritik-es-wird-einsamer-um-die-kanzlerin-41785164.html>



Massenbach\*

FAZ / Kohler: „Das Menetekel von Köln“

**Die Mauer, die von der deutschen Politik um die Flüchtlingsfrage herum gebaut wurde, bröckelt: Sicherheit und Zukunft Deutschlands hängen selbstverständlich davon ab, wen wir bei uns willkommen heißen.**

Samstag, 09. Januar 2016

**Ob nach den islamistischen Terroranschlägen von Paris oder nach den sexuellen Übergriffen auf Frauen in Köln – jedes Mal wurde in Deutschland als Erstes an einer Mauer chinesischen Ausmaßes gebaut. Ihr Zweck war nicht die Abriegelung des Landes: Sie sollte eine Verbindung der jeweiligen Diskussion mit der Flüchtlingsfrage verhindern.**

Denn kommt es dazu, das fürchten viele Politiker mit Recht, dann droht der Bruch der von ihnen mühsam errichteten, vom Hochwasser des Unmuts im Volk aber schon weitgehend durchweichten Dämme.

Das ganze Ausmaß der Gewalt rund um den Kölner Dom war noch nicht bekannt, da drängte es die Oberbürgermeisterin schon zu der Äußerung, es gebe keinen Hinweis, dass es sich bei den Tätern um Flüchtlinge handele.

## Angst vor dem Umschlagen der Willkommenskultur

Auch nach den Attentaten in Paris schien deutschen Politikern die Feststellung vordringlich zu sein, die Terroristen seien nicht als Flüchtlinge nach Frankreich gekommen. Schon damals fürchteten sie das Umschlagen der ohnehin angezählten Willkommenskultur in Ablehnung oder gar Hass und eine Radikalisierung der politischen Debatte.

Der Schreck fährt der großen Koalition daher immer in die Glieder, wenn jemand das Verbindungsverbot missachtet. So wie der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, der im Streit darüber, wer in Köln am meisten versagt habe, von einer Unterbesetzung der Bundespolizei sprach, weil deren Beamte „zweckentfremdet“ nach Bayern zur Grenzsicherung abkommandiert worden seien.

Das Bundesinnenministerium wies diese Darstellung sofort zurück. Denn sie bedeutete schließlich, dass der Staat in einer Großstadt nicht mehr seiner obersten Aufgabe nachkommen konnte – für die Sicherheit seiner

Bürger zu sorgen –, weil er seine Polizisten an die Grenzen schicken musste, damit dort wenigstens etwas Ordnung in den Flüchtlingsansturm kommt.

Die Vorgänge von Köln haben viele Deutsche nachhaltig erschüttert, weil sich der Staat in jener Nacht nicht nur an seinen Grenzen, sondern auch in seinem Inneren als schwach und unentschlossen erwiesen hat. Zudem ist abermals der das Vertrauen der Bürger in den Staat unterminierende Eindruck entstanden, dass Politik und Behörden Tatsachen unterdrückten, weil sie, wie es ein leitender Polizist nannte, „politisch heikel“ seien.

## **Politisch gewollte Schweigespirale**

Diese Schweigespirale, die Innenminister de Maizière jetzt durchbrechen will, war politisch gewollt, und zwar schon seit Jahrzehnten. Alle demokratischen Parteien sind sich darin einig, dass eine Stärkung der radikalen Kräfte vermieden werden muss.

Doch die aus dieser löblichen Absicht hervorgegangene Politik des Schönredens, Bestreitens und Gesundbetens auf dem Feld der Ausländer- und Einwanderungspolitik hat genau den gegenteiligen Effekt: Sie treibt aufrechte Demokraten ins Nichtwählerlager und auf die Barrikaden. Dort fühlen sie sich mit einem Äußerungsverbot belegt, als „Ausländerfeinde“ diffamiert und in „die rechte Ecke gestellt“, in der manche dann auch landen.

Köln ist ein schwerer Schlag für Merkels Politik der Willkommenskultur. Das zeigte auch ihre schnelle Forderung, der Rechtsstaat müsse mit aller Härte reagieren. Ansonsten gilt weiter das Prinzip Hoffnung: Hoffentlich waren unter den Tätern keine Flüchtlinge! Doch wenn die Politik den Rest ihrer Glaubwürdigkeit retten will, dann helfen ihr jetzt nur noch Wahrheit und Klarheit.

## **Nachhaltig verstörende Wirkung**

Wäre denn die Feststellung, die Täter und ihre Kumpane seien schon lange in Deutschland, vielleicht auch deutsche Staatsangehörige, beruhigender? Dann läge ein weiterer Beweis für massenhaft gescheiterte Integration vor. Belege für solches Scheitern und die Existenz von Parallelwelten, deren Regeln mit den Werten der deutschen Gesellschaft unvereinbar sind, gibt es unzählige. Sie lassen sich nicht nur in Großstädten finden.

Von Köln geht eine so nachhaltig verstörende Wirkung aus, weil sich die dortigen Vorgänge sowohl als Bestätigung alter Befürchtungen verstehen lassen wie auch als Menetekel für eine deutsche Zukunft, die niemand erleben will.

Denn nur wenn sich Naivität mit Allmachtsphantasien paart, kann man ernsthaft glauben, die Einwanderung Abertausender junger, muslimischer Männer aus den Kriegs- und Krisengebieten Asiens und Afrikas werde die bestehenden Probleme mit Migranten in Deutschland nicht vergrößern.

## **Vollmundige Ankündigungen werden nicht reichen**

Viele junge Syrer, Afghanen oder Marokkaner werden fleißige Arbeiter und brave Steuerzahler werden. Andere „Flüchtlinge“ aber werden trotz liebevoller Betreuung weiter die von oben gebremsten Polizisten für Weicheier, Frauen für Freiwild und Demokraten für Schwachsinnige halten. Sie werden sich den Clans und organisierten Banden anschließen und die Zuhörerschaft islamistischer Rekrutierer vergrößern.

Deutschland wird der vielen mit der Masseneinwanderung verbundenen Probleme nicht mit vollmundigen Ankündigungen von einer härteren Abschiebungspraxis Herr werden. Zu der war die deutsche Politik aus vielen Gründen bisher weder willens noch fähig.

Die Entscheidung, wer nach Deutschland kommen und hier bleiben darf, muss viel früher getroffen werden. Denn Sicherheit und Zukunft dieser Republik hängen selbstverständlich davon ab, wen wir bei uns willkommen heißen.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/das-menetekel-von-koeln-ein-kommentar-14004278.html>



- 10. Jan. 2016, 13:31

Diesen Artikel finden Sie online unter  
<http://www.welt.de/150791306>  
13:22

## Faktencheck

# Der große Brüsseler Bluff in der Flüchtlingskrise.

Die EU-Erklärungen zur Flüchtlingskrise waren dick und die Zahl der Beschlüsse hoch. Aber was wurde davon bisher wirklich umgesetzt? Und wie stehen die Chancen künftig? Ein Faktencheck in 6 Punkten.

Von Christoph B. Schiltz, Brüssel

Die Flüchtlinge strömen trotz des Winters weiter nach Europa. 3200 Menschen erreichen täglich Deutschland. Mehr als 1,8 Millionen neue Flüchtlinge werden im laufenden Jahr laut Prognosen der renommierten Migrations-Denkfabrik Europäische Stabilitätsinitiative allein hierzulande ankommen, wenn sich die Politik nicht ändert.

Dabei rücken Fragen nach der Sicherheit immer stärker in den Vordergrund: Im Gebiet der Europäischen Union gab es 2015 rund 1,6 Millionen irreguläre Grenzübertritte. Niemand weiß genau, wer diese Flüchtlinge sind.

Eine Änderung ist nicht in Sicht. Die europäische Flüchtlingspolitik tritt auf der Stelle, es hakt überall. Jan Techau, Chef von Carnegie Europe, einem Institut für außenpolitische Analysen in [Brüssel](http://www.welt.de/themen/belgien-politik/) (Link: <http://www.welt.de/themen/belgien-politik/>) : "Die Europäische Kommission hat wichtige Vorschläge zur Lösung des Flüchtlingsproblems gemacht. Aber es fehlt der politische Wille der Mitgliedsstaaten, diese auch umzusetzen. Die [EU-Flüchtlingspolitik](http://www.welt.de/themen/eu-fluechtlingpolitik/) (Link: <http://www.welt.de/themen/eu-fluechtlingpolitik/>) ist in gewisser Weise ein großer Bluff. Die EU-Regierungen machen nicht nur den Menschen, sondern auch sich selbst etwas vor, wenn sie etwas beschließen, das dann aber in der Praxis nicht standhalten kann."

**Fakt ist:** Niemals war die [Europäische Union](http://www.welt.de/themen/europaeische-union/) (Link: <http://www.welt.de/themen/europaeische-union/>) so gespalten wie in der Flüchtlingsfrage. "Das Problem geht an die Identität der Mitgliedsländer", sagt EU-Experte Techau. Die Folge: Unordnung, Abschottung, Streit. Die Lasten sind unfair verteilt. Die Osteuropäer verweigern Solidarität. Ungarn und die Slowakei klagen sogar gegen die vereinbarten Flüchtlingsquoten der EU. Und immer mehr Länder nehmen jetzt die Dinge selbst in die Hand: Sie errichten Grenzzäune und führen im Schengenraum wieder Grenzkontrollen durch. "Die Europäische Union kann auseinanderbrechen. Das kann unheimlich schnell gehen", warnte Luxemburgs Außenminister [Jean Asselborn](http://www.welt.de/themen/jean-asselborn/) (Link: <http://www.welt.de/themen/jean-asselborn/>) kürzlich.

Dabei fehlt es nicht an Emsigkeit. Die EU-Staats- und Regierungschefs organisierten im vergangenen Jahr etliche Sondertreffen in Brüssel. Die Abschlusserklärungen waren dick und die Zahl der Beschlüsse hoch. Aber was wurde davon bisher wirklich umgesetzt? Und wie stehen die Chancen künftig? Die "Welt" macht den Faktencheck.

## Flüchtlingsverteilung

Die [EU-Kommission](http://www.welt.de/themen/europaeische-kommission/) (Link: <http://www.welt.de/themen/europaeische-kommission/>) hatte im Mai und September vorgeschlagen, 160.000 Flüchtlinge aus Syrien, Eritrea und dem Irak, die sich bereits in Europa befinden, auf alle Mitgliedsstaaten nach einer freiwilligen Quote umzuverteilen. Die Mehrheit der EU-Regierungen stimmte dem Verteilungsschlüssel zu. Aber der Beschluss wird nicht umgesetzt, die Mehrheit der Staaten, darunter auch Frankreich, bleibt skeptisch.

Polen hatte 7000 Flüchtlinge zugesagt, will auf absehbare Zeit aber nur maximal 100 akzeptieren und hat bis heute keinen einzigen umverteilten Flüchtling aufgenommen. Bisher wurden von den 160.000 ohnehin nur 272 Flüchtlinge aus

Griechenland und Italien umverteilt, 21 davon nach Deutschland. Die meisten von diesen Flüchtlingen hat bisher Finnland aufgenommen: 111.

Zudem gibt es immer noch nicht genügend Zusagen für die angestrebten 160.000 Flüchtlinge. In vielen Ländern fehlt es an Aufnahmeplätzen für Flüchtlinge. 4207 Plätze stehen seit Oktober 2015 bereit. Nur Bulgarien und Malta haben ihre Zusagen erfüllt. Deutschland hat 40 Plätze versprochen.

**Fazit:** Angesichts der anhaltenden Flüchtlingsströme ist die Zahl von 160.000 Umverteilungen in den kommenden zwei Jahren ohnehin viel zu gering. Aber alles spricht derzeit dafür, dass nicht einmal dieses Ziel erreicht wird. Deutschland und Österreich werden auch in den kommenden Jahren weiterhin die Hauptlast tragen müssen.

## Türkei als Flüchtlings-Bollwerk

Im Rahmen eines sogenannten Aktionsplans hat die [Türkei](http://www.welt.de/themen/tuerkei-politik/) (Link: <http://www.welt.de/themen/tuerkei-politik/>) versprochen, den Grenz- und Küstenschutz zu verbessern, damit nur noch wenige Flüchtlinge nach Griechenland durchkommen. Bisher Fehlanzeige. "Wir sind weit davon entfernt, zufrieden zu sein", sagte EU-Kommissionsvizechef Frans Timmermans. Gleichzeitig soll die Türkei ein Rücknahmeabkommen für Drittstaatenangehörige vorziehen. Bisher erfolglos.

Im Gegenzug hat die EU Ankara drei Milliarden Euro für die Flüchtlingshilfe angeboten. Über die Finanzierung gibt es heftigen Streit. Außerdem sollen die Beitrittsverhandlungen beschleunigt werden und der Visumzwang für Türken noch in diesem Jahr fallen. Einige Staaten wollen Ankara zudem rund 50.000 Flüchtlinge abnehmen.

**Fazit:** Eine hochriskante Strategie mit zweifelhaftem Ausgang und viel Streitpotenzial. Die EU riskiert, dass Staatspräsident Erdogan immer neue Finanzforderungen stellt und nach dem Erhalt der Visumfreiheit – seinem eigentlichen Ziel – die Lust an Grenzkontrollen verliert. Erdogan ist kein verlässlicher Verhandlungspartner, und Brüssel hat kein echtes Druckmittel gegen ihn in der Hand.

## Registrierungszentren

Brüssel hatte im Mai sogenannte Hotspots vorgeschlagen, um in stark belasteten Ankunftsländern wie Griechenland, Italien und Ungarn die illegale Einwanderung in den Griff zu bekommen. Von dort soll eigentlich auch die Umverteilung der Flüchtlinge organisiert werden. Elf Registrierungszentren sind bisher geplant, sie sollten bis Ende 2015 stehen. Bisher gibt es aber nur zwei Hotspots: auf Lampedusa und Lesbos. Ungarn will gar nicht mitmachen. In Rom und Athen fehlt es an Personal, Geld und dem politischen Willen zur zügigen Umsetzung.

Folge: Laut EU-Kommission sind in Griechenland zwischen Juli und November nur 121.325 von 492.744 eingereisten Flüchtlingen registriert worden, in Italien waren es 29.176 von 65.050.

**Fazit:** Ohne Registrierungszentren kann die Umverteilung nicht klappen, das Sicherheitsrisiko durch illegale Einwanderung bleibt hoch. 2016 ist keine grundlegende Verbesserung in Sicht.

## Abschiebungen

Nur 39 Prozent aller angeordneten Abschiebungen werden in der EU auch umgesetzt. Die Europäer wollen mehr tun. Sie haben eine Abschiebedatenbank, gemeinsame Abschiebeflüge, "schnelle Eingreifteams für Rückführungen", einen Passersatz für Flüchtlinge ohne Dokumente, eine Abschiebung in Lager in Drittstaaten und mehr Druck auf die Herkunftsländer zur Rücknahme beschlossen. Das sind viele Vorhaben, aber die Bilanz ist bisher mager: Seit September wurden nur rund 660 Menschen über gemeinsame Flüge der EU-Grenzschutzagentur [Frontex](http://www.welt.de/themen/frontex/) (Link: <http://www.welt.de/themen/frontex/>) in ihre Heimat zurückgebracht.

**Fazit:** Bei Abschiebungen sind keine schnellen und durchgreifenden Erfolge zu erwarten, alles hängt stark von der Mitarbeit der Drittstaaten und ausreichend Personal ab.

## Neuer EU-Grenzschutz

Die europäischen Außengrenzen sind löchriger als ein Schweizer Käse. Brüssel hat darum einen gemeinsamen EU-Grenzschutz mit 1500 Mann vorgeschlagen. Er soll binnen drei Tagen eingreifen können – auch gegen den Willen des betreffenden EU-Landes. Polen, Ungarn und Griechenland sind dagegen.

**Fazit:** Guter Vorschlag. Aber selbst wenn eine Einigung bis zur Jahresmitte zustande käme, werden 1500 zusätzliche Grenzschrützer nicht ausreichen, um EU-Außengrenzen von mehr als 14.000 Kilometern zu schrützen.

## Milliarden für Afrika

Die EU will den Herkunftsstaaten der Flüchtlinge durch Milliardenhilfen zur Ankurbelung der Wirtschaft und bei der Bekämpfung von Schleuserbanden unter die Arme greifen. Dazu wurde ein Treuhandfonds für Afrika (3,6 Milliarden Euro) und ein Hilfsfonds für Syrien (eine Milliarde Euro) aufgelegt. EU-Kommission und Mitgliedsländer wollen jeweils die Hälfte zahlen. Während Brüssel aber seine Verpflichtungen erfüllte, haben die Länder gerade mal 130 Millionen Euro zusammengekratzt.

**Fazit: Diese Maßnahme wirkt allenfalls langfristig. Die versprochenen Gelder werden aber wohl niemals zusammenkommen.**

<http://www.welt.de/politik/ausland/article150791306/Der-grosse-Bruesseler-Bluff-in-der-Fluechtlingskrise.html>  
<http://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/der-gro%c3%9fe-br%c3%bcsseler-bluff-in-der-fl%c3%bcchtlingskrise/ar-CClup4?ocid=spartandhp>

\*\*\*\*\*

**From our Russian news desk:**

**According to the US magazine National Review, Washington should accept an uncomfortable truth: Russia's President Vladimir Putin is pursuing the right strategy in Syria.**

<http://sputniknews.com/world/20160110/1032905947/putin-syria-united-states.html>

**→National Review: Accept the Uncomfortable Truth: It's Time to Support Assad.**  
by Jay Hallen January 7, 2016 4:00 AM

**As the Syrian civil war and refugee crisis metastasize, we need a new approach for these unfolding human tragedies.**

To date, the Obama administration has mostly sat on the sidelines, in part because of war fatigue, but mostly because in the crowded mix of factions fighting in Syria, there are no good actors to support.

After the Pentagon's embarrassing admission that \$500 million put only "four or five" Syrian opposition fighters on the ground, it is clear that it's fantasy to think we can find reliable Syrian allies who are both anti-ISIS and anti-Assad — which is the official policy of the administration and most leading presidential candidates.

It would require threading a needle that is impossibly thin, with the assumption that we could vet and then arm rebels who might claim loyalty to the U.S. one day, but who resort to sectarian and tribal vendettas the next.

And even in the event that we did find such a group and it assumed control, we'd still have a long way to go before consolidating power and making the transition to relative peace.

**But the gravity of the Syria crisis is such that we no longer have the luxury of holding out for a solution that is ideologically appealing. Realpolitik is the only option.**

Throwing U.S. support behind President Bashar al-Assad is simply the best, or least bad, option left. Supporting Assad means confronting **three uncomfortable truths**, all of which simmer just beneath the policy debates on the airwaves and at Capitol Hill.

**First** is the admission that the Middle East was a safer and more stable place with Saddam Hussein and Moammar Qaddafi in power. To be clear, both had murdered their own people en masse and were megalomaniacs of the first order.

However, they were also secular despots who kept jihadism and sectarian violence in check. Power vacuums stemming from the demise of both tyrants have incubated some of the worst chaos, hatred, and human misery that the world has ever seen. If ISIS represents the worst-case scenario, then Assad is preferable.

The **second uncomfortable truth** is that realist foreign policy has triumphed over an idealistic one, at least when the Middle East is concerned. The idealist policy reached its high-water mark at the end of the Cold

War, when the spreading of American-style democracy and capitalism won hearts, minds, and substantive geopolitical gains throughout Eastern Europe.

**On 9/11, the tide turned toward a realist policy, particularly when the world learned that many of the hijackers had been middle-class university graduates residing in Germany.**

Later, realism's supremacy became apparent as efforts to build a representative democracy in Iraq faltered under the harsh realities of sectarianism and corruption, despite America's best efforts. Not only did Iraqi democracy become a conduit for sects and ethnic groups to promote their own interests at the expense of others, but it also fomented civil war and strengthened Iran's strategic position, working directly against American interests. To support Assad, therefore, is to accept that our idealistic goals are unachievable and that only hard-nosed realism can support our strategic interests, at least in the Middle East.

One should note that there is a long-term sustainable, idealist solution to Middle East sectarianism, but it involves erasing and redrawing the ill-conceived borders of Iraq, Syria, Jordan, and Lebanon that the Sykes-Picot agreement by Britain and France cemented in 1916, after the fall of the Ottoman Empire. Sykes-Picot ignored tribal and religious affinities, while imposing the foreign concept of the nation-state on groups of people with little in common. Many, even most, Middle East observers long for an idealist final solution that rewrites current boundaries. (I count myself among this group; I have previously written on the desirability and feasibility of Kurdish independence, which the Sykes-Picot negotiators considered and then rejected.)

Unfortunately, it will never happen. Today there are simply too many stakeholders, too many vested interests, too many displaced persons, and above all too much oil, which makes redrawing boundaries a winner-take-all prospect.

**Pushing idealistic solutions might make for interesting debate fodder at the U.N. and on op-ed pages, but it will not end the current violence.**

**Supporting Assad remains the only realistic path that will return us to the relative stability of the pre-Arab Spring days, and that will defeat ISIS.** No one is more motivated to defeat ISIS than Assad, who would like to reassume Syria's internationally recognized borders and seek revenge on atrocities that ISIS has committed against captured Syrian soldiers.

In return for supporting Assad, the U.S.-led coalition could lobby for amnesty for other fighters — such as Kurds, Turkmen, and non-ISIS-aligned Sunni groups — who are willing to put down their arms.

RELATED: [Krauthammer: When Will Obama Understand What Putin Is Up to in Syria?](http://www.nationalreview.com/article/425952/vladimir-putin-russia-syria?target=topic&tid=2136) ( <http://www.nationalreview.com/article/425952/vladimir-putin-russia-syria?target=topic&tid=2136> )

Assad is a viable source of stability also because of his unconditional support from Iran, which fears and detests ISIS for the threat it poses to Shiite dominance of the region.

To reiterate, strengthening Iran's strategic position is no one's leading choice, and Tehran's sponsorship of Hezbollah destabilizes Lebanon and threatens Israel. But since the 2006 war with Israel, Hezbollah has mostly kept its ambitions in check and has made efforts to gain political legitimacy. More broadly, since the fall of Saddam, the specter of a Shiite hegemony that spreads across the Levant has paled in comparison with the horrors wracked by Sunni extremist terrorism.

We face two undesirable choices, and one is clearly better than the other.

Despite the benefits of supporting Assad, the idea is a non-starter within Washington's foreign-policy establishment and among nearly all the presidential candidates.

*I recently posed the question to a Middle East expert at the center-left Atlantic Council, and to a prominent writer at Commentary magazine. Both reacted incredulously, dismissing it out of hand. "Impossible. Assad has to go — he just has to," remains the bipartisan refrain. When I pressed, both started down the well-worn path, arguing that we must find the "moderate Syrian opposition." The think-tank expert at the Atlantic Council went on to claim that the moderate opposition would not actually need to conquer and govern the country, only to rebel enough to entice a coalition of stakeholders, including the U.S., Russia, and Iran, to come to the table for a grand agreement that would have Assad step down, with a transition to a consensus successor.*

This is unrealistic, wide-eyed idealism. Meanwhile, the Commentary writer asserted that Assad had lost all moral authority and that the other ethnic groups would never accept him again as their president.

This line of thinking offers no constructive alternative to calming the current chaos, and it ignores the fact that Syria was never a democracy of the governed, and that the Assad family never held moral authority in their four decades in power.

**Finally, supporting Assad requires us to face a third uncomfortable truth: Vladimir Putin, for all of his faults, is pursuing the right strategy.**

It is understandably difficult for the administration to publicly align with Russia and Iran, but the least we can do is offer tacit support. This means we should stop offering nonstop criticism of Russia's activities in Syria, and halt obstructive moves such as persuading Greece and Bulgaria to close their airspace to Russian planes flying in arms.

In the year I spent in post-war Iraq, I met many Iraqis who told me that as terrible as Saddam was, they preferred him over the anarchy, sectarian militias, and death squads that followed. Saddam was predictable: Everyone knew what they could and could not do to stay in the regime's good graces and avoid becoming a political prisoner (or worse). In the current environment, the lack of predictability and the never-before-seen sectarian violence are deeply disturbing to Iraqis and Syrians alike. They contribute significantly to the fracturing of the region. Supporting Assad's diminishing grasp on power gives us one more chance to act on the lessons learned from the recent past.

All of this raises a core question: Do the administration and foreign-policy community genuinely think it is "impossible" to support Assad? Or have the grim realities detailed above simply made the prospect too unpalatable? No doubt a reversal of course would make for uncomfortable speeches and mockery from pundits. None of that will compare, though, to the death and misery resulting from the status quo. —

***Jay Hallen has advised financial institutions in Iraq and Egypt. He is a term member of the Council on Foreign Relations and part of the Leadership Network of the Foreign Policy Initiative.***

<http://www.nationalreview.com/article/429355/supporting-assad-best-option>

About "National Review": [https://en.wikipedia.org/wiki/National\\_Review](https://en.wikipedia.org/wiki/National_Review)

-----  
**Päpstliche Neujahrsansprache vor Diplomaten:** Appell an Europa In seiner traditionellen Neujahrsansprache an das beim Heiligen Stuhl akkreditierte Diplomatische Corps - Botschafter aus aller Welt - hielt Papst Franziskus eine große politische Grundsatzrede. Er appellierte vor allem an Europa, die Migrantenaufnahme nicht zu vernachlässigen, einer „Wegwerfkultur“ entgegenzuarbeiten, Menschenhandel zu verbannen und die Ursachen der Migration in den Herkunftsländern zu beheben. Er warnte vor religiösem Fundamentalismus und rief zur Lösungsfindung in weiteren aktuelle Krisenherde der Welt auf: Syrienkrieg, Israel-Palästina, Migrationssituation an der US/Mexiko-Grenze, Zentralafrika, Libyen und Ukraine. Er erwähnte auch seine Sorgen um den jüngsten Atomtest aus Nordkorea, lobte aber das positive Atomabkommen mit dem Iran und die Klimakonferenz von Paris. (rv) Hier mehr in Text und Ton (Link:[http://de.radiovaticana.va/news/2016/01/11/gro%C3%9Fe\\_politische\\_grundsatzrede\\_des\\_papstes/1200163](http://de.radiovaticana.va/news/2016/01/11/gro%C3%9Fe_politische_grundsatzrede_des_papstes/1200163) )

#### **Heiliger Stuhl im Einsatz von Frieden**

Der Heilige Stuhl wird sich auch künftig vorrangig für Frieden einsetzen. Das bekräftigte Franziskus in seiner Ansprache vor den beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschaftern aus aller Welt. Er verurteilte ohne Umschweife jedwede Gewalt im Namen Gottes; beklagte die islamistischen Attentate der letzten Monate in Afrika, Europa und dem Nahen Osten. Der Vatikan werde durch interreligiösen Dialog weiterhin gegen Fundamentalismus und für das friedliche Zusammenleben der Verschiedenen werben. (rv) Lesen Sie hier die Ansprache (Link:[http://de.radiovaticana.va/news/2016/01/11/die\\_papstrede\\_vor\\_dem\\_diplomatischen\\_corps/1200148](http://de.radiovaticana.va/news/2016/01/11/die_papstrede_vor_dem_diplomatischen_corps/1200148) )

\*\*\*\*\*

**Policy = res publica**



Freudenberg-Pilster\*

- **Heinz Buschkowsky zu Übergriffen in Köln** - <http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Politik/d/7874316/-fuer-diese-maenner-sind-solche-frauen-schlampen-.html> –
- **Kölner Polizisten berichten** - <http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Politik/d/7876004/-waren-frisch-eingereiste-asylbewerber-.html> --
- **Polizei-Dokument zum Nachlesen** - <http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Panorama/d/7875170/das-vollstaendige-protokoll-zur-koelner-chaos-nacht.html> --



**Die Vorfälle von Köln. Erst offene Grenzen, jetzt**

## **Ausweisung**

**Ihre Einwanderungspolitik ist auch eine Herausforderung für den Rechtsstaat. Das hätte Angela Merkel wissen können. Ein Kommentar.**

08.01.2016

Der ideale Einwanderer liest schon auf dem Weg nach Deutschland „Der kleine Unterschied“ von Alice Schwarzer. Die meisten kommen jedoch nicht dazu. Und das bedeutet, dass für die meisten die Beschäftigung mit dem Verhältnis der Geschlechter in Deutschland, wie auch generell mit den Regeln des deutschen Rechtsstaats, erst hier beginnt. Möglicherweise zum ersten Mal in der Silvesternacht 2015 in Köln.

[Angela Merkel](#) würde es politisch nicht überleben, wenn sie das einräumen würde. Wenn sie sagen würde, dass es eben eine Weile dauert, bis all die, die wir ins Land gelassen haben, mit dem Rechtsstaat vertraut sind, und dass solche [Ereignisse wie die in Köln zwar widerlich](#), aber nicht auszuschließen sind, weil sie Teil eines Lernprozesses der Neuankömmlinge sind. Stattdessen redet der Justizminister davon, die Täter auszuweisen, sollten sie verurteilt werden, und Merkel droht denen, die ihr bisheriges Leben in einem Unrechtsstaat verbracht haben, mit der harten Antwort des Rechtsstaates. [Aber wohin will Maas einen Vergewaltiger, der erst vor wenigen Monaten aus Syrien geflohen ist, ausweisen? Zurück nach Syrien?](#)

## **„Ich bin Syrer, ihr müsst mich freundlich behandeln!“**

Die Vorfälle in Köln und Hamburg sind in der Tat Fälle für den Rechtsstaat. Die Täter gehören bestraft und das Vorgehen der Polizei gehört untersucht. Wenn jedoch der Innenminister sagt, „Der Rechtsstaat darf nicht zulassen, dass Menschen, die in unseren Städten friedlich feiern, derartigen Übergriffen ausgesetzt sind“, weckt er die Erwartung, dass dieser Rechtsstaat keine Grenzen habe. Doch das ist eine Illusion, woran doch gerade die Ereignisse in Köln erinnert haben. Es ist zweitrangig, ob die Täter aus Syrien nach Deutschland gekommen sind, wie ein Kölner Polizist behauptet, oder schon seit Langem in Deutschland wohnen, ob sie aus kultureller Prägung so gehandelt haben oder aus krimineller Energie: Je weniger sich an die Regeln des Rechtsstaats halten oder mit ihnen vertraut sind, desto instabiler ist er. Je weniger sich der Staat an seine eigenen Regeln hält, Merkel hat das Flexibilität genannt, desto gefährdeter ist er.

Zu Einwanderungsgesellschaften gehörten immer auch Parallelgesellschaften, die Aufgaben übernahmen, zu denen der überforderte (oder sich verweigernde) Staat nicht in der Lage war. Die amerikanische Mafia, der Staat im Staat, war ein Auffangbecken für Einwanderer, die ohne soziale Bindungen angekommen waren. Die Bemerkung des Justizministers, dass es sich in Köln um Fälle von „organisierter Kriminalität“ gehandelt habe, deutet darauf hin, dass sich auch in Deutschland der eine oder andere gar nicht erst auf den Staat verlässt.

Einwanderung ist ein Anpassungsprozess. In Köln soll ein Mann zu einem Polizisten gesagt haben: „Ich bin Syrer, ihr müsst mich freundlich behandeln! Frau Merkel hat mich eingeladen.“ War er wirklich Syrer, hat er zwar schnell Deutsch gelernt, bewegt sich aber noch immer in den autoritären Strukturen seiner Heimat: Der



Herrscher an der Spitze steht über allem. Verstanden hat er jedoch, dass respektloses Verhalten gegenüber der Polizei in Deutschland möglich ist und nicht viel Ärger oder gar Misshandlung zur Folge hat. In Deutschland hat allein die Androhung dessen, was bei Baschar al Assads Polizei gang und gäbe ist, nämlich Folter, in einem Entführungsfall zur monatelangen Introspektion geführt. Wie weit ist jemand, der sich gegenüber der Polizei so frei aufführt, auf dem Weg zum deutschen Rechtsstaat gekommen, und wie viel Zeit bekommt er, um den Rest der Strecke zurückzulegen?

Die Reaktionen auf die Vorfälle von Köln, auch der unsichere Umgang der Medien mit dem Thema, zeigen, wie schnell die deutsche Flüchtlingspolitik erschüttert werden kann. Sie ist so fragil, dass inzwischen auch die Kanzlerin „Ausreisenotwendigkeiten“ prüfen will und von Rechtsänderungen oder größerer Polizeipräsenz spricht. Es wird immer deutlicher, wie wenig die deutsche Regierung auf das vorbereitet war, was sie selbst ausgelöst hat.

Flüchtlings- und Einwanderungsbewegungen bringen Instabilität und staatliche Überforderung mit sich – und auch Kriminalität. Im besten Fall ist das ein Übergangsphänomen. Dass ein solcher Transformationsprozess natürlich eine Herausforderung an den Rechtsstaat ist, ist sicher keine populäre Botschaft. Dass der Innenminister jedoch den Eindruck vermittelt, der Rechtsstaat wäre in der Lage, auch jetzt für absolute Sicherheit zu sorgen, ist die falsche Botschaft.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/die-vorfaelle-von-koeln-erst-offene-grenzen-jetzt-ausweisung/12804598.html>

## **Der Tagesspiegel. Bei den Frauen bleibt die Angst**

[Karin Christmann](#)

**Absolute Sicherheit gibt es nicht, bisher aber gab es eine gefühlte. Doch nach den Ereignissen von Köln ist alles anders - und persönliche Freiheit verloren gegangen.**

**Ein Kommentar.**

Einer Horde Männer ausgeliefert sein, von ihnen mit brutaler Körperlichkeit, mit schwitziger, enthemmter Überlegenheit gedemütigt und verletzt werden. Weil sie es können. Und wollen. Es ist eine Urangst von Frauen. Ein Szenario, vor dem es keine absolute Sicherheit gibt. Bis zur Silvesternacht aber gab es eine gefühlte.

Wo viele andere Menschen sind, wo geschäftiges Treiben herrscht, wird dies nicht passieren. Wo Polizisten ansprechbar sind, im Dienst, um Menschen zu schützen, wird dies nicht passieren. Wo der eigene Mann, der eigene Lebenspartner, die besten Freundinnen dabei sind, wird dies nicht passieren.

Oder doch? In Köln ist es trotzdem passiert. [Die Staatsmacht, sie war da – aber völlig machtlos.](#) Die Öffentlichkeit, sie war da – aber völlig hilflos. Niemand hat die Frauen schützen können. [Dabei hätte das der Polizei gelingen müssen.](#) Es war kein Augenblicksversagen, kein Fehlen von Zivilcourage. Dass ein Mensch in der Öffentlichkeit Opfer einer Gewalttat wird und Zeugen vor Schock verstummen, nicht den Mut haben einzugreifen, ist als Phänomen bekannt. Dass in einer deutschen Innenstadt über Stunden hinweg in aller Öffentlichkeit ein Ausbruch sexualisierter Gewalt stattfindet, den niemand effektiv stoppt, war es bisher nicht.

Zurück bleiben Opfer, die im Innersten getroffen wurden und vermutlich vielfach traumatisiert sind. Zurück bleibt auch eine sehr persönliche Verunsicherung, eine tiefe Beklommenheit bei vielen Frauen und Mädchen. Sie haben die Geschehnisse nicht miterlebt. Dennoch fragen sie sich: Bin ich sicher? Wie kann ich mich schützen?

### **Auch Männer sind letztlich Opfer der Gewalttäter**

Frauen sind es gewohnt, ihre Freiheit zugunsten der Sicherheit selbst zu beschneiden. Eine Abkürzung durch den dunklen Park? Besser nicht. Selbst wenn die Statistik etwas anderes sagt, nämlich dass Täter meist nicht hinter einem Busch, sondern in der Familie und dem Freundeskreis des Opfers lauern. Per Anhalter nach Hause? Eher nicht. Plötzlich stellen sich derartige Fragen viel häufiger und viel dringlicher.

Dabei treffen die Geschehnisse nicht nur Frauen. Sie treffen auch Männer, die sich als Väter, Brüder, Ehemänner oder Freunde Sorgen machen. Und sie treffen Männer, die nach Deutschland geflohen sind und hier friedlich leben wollen. Auch wenn die gründliche Aufklärung der Ereignisse in Köln und anderswo gerade erst begonnen hat: Den Geflohenen wird mit wachsendem Misstrauen begegnet. So werden auch sie zu Opfern der Gewalttäter.

Gleichzeitig wird die Frage, ob viele Flüchtlinge unter den Verdächtigen sind, werden die Herkunft und der kulturelle Hintergrund der mutmaßlichen Täter breit diskutiert – [und zwar zu Recht](#). Welche Schlüsse daraus für die deutsche Flüchtlingspolitik zu ziehen sind, wird die nächste Frage sein. Doch wenn der letzte Aktendeckel geschlossen, der letzte deutsche Täter inhaftiert und der letzte ausländische Täter abgeschoben ist, dann wird womöglich eines übrig bleiben: die Angst.

[Die Polizeiführung in Köln wie in anderen Städten muss glaubhaft machen, dass sie aus den Ereignissen lernt](#), dass sie alles tut, um eine Wiederholung zu verhindern. Dennoch: Für viele Frauen ist der Raum, in dem sie das eigene Dasein als sicher empfinden, schlagartig kleiner geworden. Es ist ein Verlust an Sicherheit und zugleich an Freiheit.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/uebergriffe-in-koeln-bei-den-frauen-bleibt-die-angst/12809046.html>

\*\*\*\*\*

### [Politics: From Vision to Action](#)



Barandat\*

**US Botschafter John B. Emerson: Integration – ein neues Wirgefühl.**

Posted on [2016/01/11](#) by [AmerikaDienst](#)



Botschafter John B. Emerson

**BERLIN – (AD) – In einem Gastbeitrag, der im Januar 2016 in der [Thüringer Allgemeinen](#), Thüringer Landeszeitung, Berliner Morgenpost, Neuen Ruhr/Neuen Rhein Zeitung und dem Hamburger Abendblatt erschien, spricht US-Botschafter John B. Emerson über die Erfahrungen der Vereinigten Staaten mit Integration und plädiert für ein neues Wirgefühl.**

Wenn ich in Deutschland reise, werde ich oft gefragt, welche Erfahrungen mit der Integration von Einwanderern wir weitergeben können. In den Vereinigten Staaten spielt die Einwanderung eine besondere Rolle. Unser Land wurde geprägt von der Dynamik, die entsteht, wenn Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Regionen, unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Glaubens zusammenkommen, um für sich und ihre Kinder ein besseres Leben zu schaffen.

Mit Ausnahme der amerikanischen Ureinwohner sind alle Amerikaner Nachkommen von Einwanderern. Es gibt etwa 80 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner der ersten oder zweiten Generation, das entspricht einem Viertel der amerikanischen Bevölkerung. Nikki Haley und Bobby Jindal, deren Eltern aus Südasien stammen, sind Gouverneure von Bundesstaaten. Barack Obama, Sohn eines kenianischen Austauschstudenten, bekleidet das höchste Amt im Land. Zwei Amerikaner kubanischer Herkunft, die Senatoren Ted Cruz und Marco Rubio, bewerben sich gerade um die Nachfolge von Präsident Obama.

Zugegeben, das Leben in den Vereinigten Staaten ist nicht immer leicht für Zuwanderer. Integration ist ein vielschichtiger Prozess, und es gelingt den Amerikanerinnen und Amerikanern nicht immer, den Idealen der vollständigen Inklusion und Chancengleichheit voll und ganz gerecht zu werden. Präsident Obama sagte bei einer Einbürgerungszeremonie im Dezember 2015, dass es aufgrund der Erwartungen, die wir an uns haben, schwer sei, Amerikaner zu sein. Wir sollten dennoch versuchen, diesen Erwartungen gerecht zu werden. Unsere Bürger, unsere Regierungsvertreter und die Zivilgesellschaft müssen sich gegen jede Form von Hassrede und Fremdenfeindlichkeit aussprechen.

**Konstruktiv lässt sich Integration durch die Anwendung erfolgreicher, bewährter Modelle angehen. Vor etwas über einem Jahr hat Präsident Obama eine Arbeitsgruppe im Weißen Haus für Zuwanderer und Flüchtlinge eingerichtet. Die Arbeitsgruppe machte vier Säulen der Integration aus, und jede einzelne verlangt Einsatz, sowohl von den amerikanischen Staatsbürgern als auch von den Einwanderern.**

**Die erste Säule ist die sprachliche Integration.** Englisch sprechen und lesen zu können ist die Voraussetzung für akademischen Erfolg, wirtschaftlichen Wohlstand und mehr gesellschaftliche Teilhabe. Besonders wichtig ist es, den Bedürfnissen der Kinder im Rahmen der Grund- und Sekundarschulbildung gerecht zu werden. Das US-Bildungswesen ermöglicht es Kindern, für die Englisch Zweit- oder Drittsprache ist, sich zu verbessern und ihren Bildungsweg über die Highschool bis an die Universität fortzusetzen.

**Die zweite Säule ist die wirtschaftliche Integration.** Einwanderer dabei zu unterstützen, ihr Potenzial voll zu entwickeln, ist ein wesentlicher Aspekt unseres Wirtschaftswachstums. Im Ausland geborene Arbeitnehmer stellen inzwischen fast 17 Prozent der amerikanischen Arbeitnehmerschaft. Wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, werden Zuwanderer maßgeblich zum Wachstum der Erwerbsbevölkerung beitragen – eine Entwicklung, die sich auch in Deutschland vollziehen könnte.

**Die dritte Säule der Integration ist der Weg zur Staatsbürgerschaft.** Das Verfahren wird vom Staat und von Nichtregierungsorganisationen auf kommunaler Ebene begleitet und erfordert sowohl das Engagement des Staates als auch des Antragstellers.

**Die vierte Säule, die staatsbürgerliche Integration,** zeigt sich, wenn die Einwohner einer Stadt das Gefühl haben, angekommen zu sein, wenn sie sich ihrer Rechte und Pflichten sicher sind und Verantwortung für ihre Gemeinschaft übernehmen. Gesetze gegen Diskriminierung und Maßnahmen, die Vielfalt fördern, sind Zuwanderern sowohl am Arbeitsplatz als auch in der höheren Bildung eine Hilfe. Wir haben in den Vereinigten Staaten die Erfahrung gemacht, dass es uns als Land umso besser geht, je mehr wir unternehmen, um Einwanderern bei der Verwirklichung ihres amerikanischen Traums zu helfen.

Indem Deutschland unmittelbare Unterstützung für Flüchtlinge leistet und auf eine langfristige Lösung hinarbeitet, zeigt das Land, dass es erkannt hat, welchen Wert Integration für die Bevölkerung hat. Die Erfahrung, die wir im Laufe der Jahrhunderte gemacht haben, ist folgende: Integration heißt nicht, „sie“ zu „uns“ zu machen, sondern vielmehr, ein neues Wirgefühl zu schaffen.

<http://blogs.usembassy.gov/amerikadienst/2016/01/11/integration-wirgefuehl/#more-9794>

\*\*\*\*\*

## **Die Papstrede vor dem diplomatischen Corps**

Päpstliche Neujahrsansprache vor Diplomaten: Appell an Europa In seiner traditionellen Neujahrsansprache an das beim Heiligen Stuhl akkreditierte Diplomatische Corps - Botschafter aus

aller Welt - hielt Papst Franziskus eine große politische Grundsatzrede. Er appellierte vor allem an Europa, die Migrantenaufnahme nicht zu vernachlässigen, einer „Wegwerfkultur“ entgegenzuarbeiten, Menschenhandel zu verbannen und die Ursachen der Migration in den Herkunftsländern zu beheben. Er warnte vor religiösem Fundamentalismus und rief zur Lösungsfindung in weiteren aktuelle Krisenherde der Welt auf: Syrienkrieg, Israel-Palästina, Migrationssituation an der US/Mexiko-Grenze, Zentralafrika, Libyen und Ukraine. Er erwähnte auch seine Sorgen um den jüngsten Atomtest aus Nordkorea, lobte aber das positive Atomabkommen mit dem Iran und die Klimakonferenz von Paris. (rv) Hier mehr in Text und Ton (Link: [http://de.radiovaticana.va/news/2016/01/11/gro%C3%9Fe\\_politische\\_grundsatzrede\\_des\\_papstes/1200163](http://de.radiovaticana.va/news/2016/01/11/gro%C3%9Fe_politische_grundsatzrede_des_papstes/1200163))

Heiliger Stuhl im Einsatz von Frieden  
Der Heilige Stuhl wird sich auch künftig vorrangig für Frieden einsetzen. Das bekräftigte Franziskus in seiner Ansprache vor den beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschaftern aus aller Welt. Er verurteilte ohne Umschweife jedwede Gewalt im Namen Gottes; beklagte die islamistischen Attentate der letzten Monate in Afrika, Europa und dem Nahen Osten. Der Vatikan werde durch interreligiösen Dialog weiterhin gegen Fundamentalismus und für das friedliche Zusammenleben der Verschiedenen werben. (rv) Lesen Sie hier die Ansprache (Link: [http://de.radiovaticana.va/news/2016/01/11/die\\_papstrede\\_vor\\_dem\\_diplomatischen\\_corps/1200148](http://de.radiovaticana.va/news/2016/01/11/die_papstrede_vor_dem_diplomatischen_corps/1200148))  
\*\*\*\*\*



**\*Massenbach's Recommendation\***

## **Saudi Aramco - Sale of the century? A possible IPO of Saudi Aramco could mark the end of the post-war oil order.**

Jan 9th 2016 | DIRIYA |



“THE amounts of oil are incredible, and I have to rub my eyes frequently and say like the farmer: ‘There ain’t no such beast.’” So wrote an American oilman in the Persian Gulf a few years after the discovery in 1938 of a gusher of oil from Saudi Arabia’s Well Number Seven, 4,727 feet (1,440 metres) below the desert floor.

You could say the same today about Saudi Aramco, the state-owned firm that for decades has had exclusive control of Saudi Arabia’s oil and is the world’s biggest, most coveted and secretive oil company. On January 4th the kingdom’s deputy crown prince, Muhammad bin Salman, told *The Economist* that Saudi Arabia was

considering the possibility of floating shares in the company, adding that personally he was “enthusiastic” about the idea.

It was a stunning revelation. Officials say options under preliminary consideration range from listing some of Aramco’s petrochemical and other “downstream” firms, to selling shares in the parent company, which includes the core business of producing crude. The staggered nationalisation of the Arabian American Oil Company (Aramco), made up of four big American firms, in the 1970s was emblematic of a wave of “resource nationalism” that has helped define the industry (see chart 1).



Aramco is worth, officials say, “trillions of dollars”, making it easily the world’s biggest company. It says it has hydrocarbon reserves of 261 billion barrels, more than ten times those of ExxonMobil, the largest private oil firm, which is worth \$323 billion. It pumps more oil than the whole of America, about 10.2m barrels a day (b/d), giving it unparalleled sway over prices. If just a sliver of its shares were placed on the Saudi stock exchange, which currently has a total market value of about \$400 billion, they could greatly increase its size.

Prince Muhammad says a listing would not only help the stockmarket, which opened to foreigners last year. It would also make Aramco more transparent and “counter corruption, if any”. A final decision has yet to be taken. Yet the prince has held two recent meetings with senior Saudi officials to discuss a possible Aramco listing and diplomats say investors are being sounded out. The talk is of at first floating only a small portion of the company in Riyadh, perhaps 5%. In time that could rise—though not by enough to jeopardise the kingdom’s control of decision-making.

The aim would be to foster greater shareholder involvement in Saudi Arabia; a senior official said there was no intention of surrendering control of Aramco or its oil resources to foreign firms. But it is part of a frenzy of reforms proposed by the prince that his government is rushing to keep pace with. "Everything is on the table. We are willing to consider options we were not willing to get our heads around in the past," an official says.



For many investors, a listing of Aramco, however partial, would be a prize even at today's low oil prices. Its "upstream" business is mouth-watering. Rystad Energy, a Norwegian consultancy, says no other country except Kuwait can produce oil at a lower break even cost (see chart 2).

By the standards of national oil monopolies, analysts say that Aramco is well run. In the 1940s and 1950s, when the American consortium recruited young Saudis, it was an "unlikely union of Bedouin Arabs and Texas oil men, a traditional Islamic autocracy allied with modern American capitalism", writes Daniel Yergin in "The Prize". Under American ownership, it built towns with schools, wiped out malaria and cholera, and helped farmers become entrepreneurs, officials recall, explaining why it was popular with Saudis.

It was a different story in Iran and elsewhere, where citizens grew sick of the colonial-era concessions taken by British and French firms, and a wave of nationalisation began. The Saudis, having declared their first 25% stake in Aramco in 1973 "indissoluble, like a Catholic marriage", were unable to resist the tide. Full

nationalisation of Aramco came in 1980. But an American business ethic survived. Just over a decade ago Matthew Simmons, an American banker, argued that Saudi wells were past their prime and that production would soon peak. Yet Aramco has increased output by more than 1m b/d in the past five years, reaching record highs. "They've proven their resilience," says Chris DeLucia of IHS, a consultancy.

Questions surround the company, though. Mr DeLucia says 87% of its output is oil; it needs to develop more gas to satisfy the country's needs for cleaner, cheaper power. Some argue that its reserves, which have barely budged since the late 1980s, are overstated. Internal documents about them are "phenomenally closely guarded secrets" says a local observer.

The company does not report its revenues. Its fleet of eight jets, including four Boeing 737s, and a string of football stadiums suggest that it is not run on purely commercial lines. It is the government's project manager of choice even for non-oil developments, and runs a hospital system for 360,000 people. A listing would require it to become more transparent.

But even with greater disclosure, minority shareholders may play second fiddle. The company is integral to the social fabric of Saudi Arabia and the survival of the ruling Al Saud dynasty, providing up to nine-tenths of government revenues. Cuts in its output have been a foreign-policy lever through which OPEC, the producers' cartel, has often sought to rescue oil prices.

Investors in Russia's Gazprom, another national champion, have watched in frustration as the company has been used as an arm of the Russian foreign ministry. Elsewhere, selling stakes in national oil companies has had mixed results.

Prince Muhammad's desire for reform fits a pattern that some consider reckless. Saudi Arabia has recently forced OPEC to maintain production despite oil falling from a peak of \$120 a barrel to below \$35. Its decision on January 3rd to suspend diplomatic relations with Iran, a fellow OPEC member, makes it harder for both to agree on production cuts, though Saudi officials are in any case adamant that they have no intention of rescuing prices.

Others believe Saudi Arabia's strategy makes sense. They think it wants to protect its share of the global oil market by driving high-cost producers to the wall at a time when unconventional forms of oil, such as American shale, have had gushing success.

Another threat is alternative forms of energy, such as wind and solar, which may well challenge fossil fuels. Selling shares in Saudi Aramco could thus be intended to cash in before the "decarbonisation" of the economy starts to gain credibility. It would also fit with a trend that has started to transform the oil industry for the first time in half a century—denationalisation.

Paul Stevens of Chatham House, a British think-tank, says a cadre of well-educated technocrats from oil-producing nations are wondering whether their national oil companies are "ripping us off", through corruption or inefficiency. Brazil's corruption-plagued Petrobras proves that public markets are no guarantee of probity. But as in Mexico, which is opening up its oil industry for the first time since 1938, many want to impose market-based checks and balances, so that no company can operate as a state within a state. If that happens to Saudi Aramco, the biggest of them all, it will have global repercussions.

<http://www.economist.com/news/briefing/21685475-possible-ipo-saudi-aramco-could-mark-end-post-war-oil-order-sale>

[Energy to the World: the Story of Saudi Aramco Vol 1](#) (Aramco, 2011) –

<http://www.saudiaramco.com/content/dam/Publications/Energy%20to%20the%20World%20-%20English/Energy-to-the-World-Vol.-1-English.pdf> --

[Energy to the World: the Story of Saudi Aramco Vol 2](#) (Aramco, 2011) –

<http://www.saudiaramco.com/content/dam/Publications/Energy%20to%20the%20World%20-%20English/Energy-to-the-World-Vol.-2-English.pdf> --

[Aramco World](#), the company's in-house magazine archive -

- <https://archive.aramcoworld.com/index/Subjects.aspx#ARAMCOHISTORY>

+++++

## Adjusting the taps

Jan 7th 2016, 14:50 by The Data Team

HOW will the oil price affect profitability and production? Who pumps how much at what price? Depending on geography, some reserves are more expensive to exploit than others and only a high oil price can justify the costs. This interactive graphic allows you to choose an oil price and see its effect on OPEC and non-OPEC production and viability, broken down by country. Saudi Arabia and its Gulf neighbours, blessed by geology, manage to make a profit even when oil is at \$20 due to its readily accessible reserves. America's shale belt used to be profitable with oil at around \$100. But now efficiency gains have sent that down sharply. It takes a soaring oil price for Russia's giant but costly reserves kick in. Oil firms involved in other hard-to-reach and inefficient reserves, such as oil sands in Canada, ultra-deep offshore deposits, and the Arctic, are also hoping for a return to three-digit oil. Using the graphic above, take your turn at the tap, tighten the squeeze, and feel the oil magnates' pain.

<http://www.economist.com/blogs/graphicdetail/2016/01/daily-chart-6>

+++++

### **First Eagle Ford Crude, Texas, Ships to Europe - Companies Move Quickly After Ban is Lifted**

Jan 5, 2016

**Lifting of the oil export ban is indeed wonderful news for the Eagle Ford, evidenced by the companies who have moved quickly to get their product out the door.**

[Related: Oil Exports Good News for Eagle Ford](#)

Just two weeks after the Obama Administration repealed the 40-year oil export ban, ConocoPhillips and NuStar shipped the first load of Eagle Ford sweet crude from Corpus Christi. Officials have not commented on where the shipment is headed, but shipping records indicate it may be headed to Italy. The deal is with Switzerland-based Vitol, an international trading company that will market the oil globally.

Another Texas company to get a jump start on exporting its product is Enterprise Products Partners L.P. In a [company press release](#) they announced they had also struck a deal with Vitol and planned to ship an estimated 600,000 barrels of domestic light crude oil from the Houston Ship Channel during the first week of January 2016.

"We are excited to announce our first contract to export U.S. crude oil" said A.J. "Jim" Teague, chief operating officer of Enterprise's general partner. "Enterprise's integrated system enabled us to quickly respond to customer demand for U.S. crude oil by international markets."

Kenneth Medlock, senior director of the Center for Energy Studies at Rice University's Baker Institute for Public Policy, has stated that the Eagle Ford's light crude will garner higher prices in the international market because it is of higher quality. Based on their open market values, Medlock calculated that at \$100 Brent prices, WTI would trade at nearly \$102 while Eagle Ford crudes would fetch prices of \$111.





## Eagle Ford Crude Ships to Europe

[http://eaglefordshale.com/news/first-eagle-ford-crude-ships-to-europe/?utm\\_source=EFS+Newsletter+Weekly&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=5c2c825596-](http://eaglefordshale.com/news/first-eagle-ford-crude-ships-to-europe/?utm_source=EFS+Newsletter+Weekly&utm_medium=email&utm_campaign=5c2c825596-)

[EFS RSS Weekly EMAIL \\*|RSSFEED%3ADATE|\\*&utm\\_term=0\\_c2842c38ae-5c2c825596-407661293](#)

### **Enterprise Contracts Its First Export of U.S. Crude Oil**

HOUSTON--(BUSINESS WIRE)--Dec. 23, 2015-- Enterprise Products Partners L.P. (NYSE:EPD) today announced that it has agreed to provide pipeline and marine terminal services to load its first export of crude oil produced in the United States under the law enacted earlier this month. The 600,000 barrel cargo of domestic light crude oil is scheduled to load at the Enterprise Hydrocarbon Terminal (EHT) on the Houston Ship Channel during the first week of January 2016.

"We are excited to announce our first contract to export U.S. crude oil, which to our knowledge may be the first export cargo of U.S. crude oil from the Gulf Coast in almost 40 years," said A.J. "Jim" Teague, chief operating officer of Enterprise's general partner. "Enterprise's integrated system enabled us to quickly respond to customer demand for U.S. crude oil by international markets."

"We applaud the actions of Congress and President Obama to remove the ban on U.S. crude oil exports," stated Teague. "This law facilitates economic growth and job creation for the United States as well as enhances our national and energy security. This action provides new markets to domestic producers, especially producers of light crude oil, and will provide global markets with supply diversification."

Enterprise Products Partners L.P. is one of the largest publicly traded partnerships and a leading North American provider of midstream energy services to producers and consumers of natural gas, NGLs, crude oil, refined products and petrochemicals. Our services include: natural gas gathering, treating, processing, transportation and storage; NGL transportation, fractionation, storage and import and export terminals; crude oil gathering, transportation, storage and terminals; petrochemical and refined products transportation, storage and terminals; and a marine transportation business that operates primarily on the United States inland and Intracoastal Waterway systems. The partnership's assets include approximately 49,000 miles of pipelines; 225 million barrels of storage capacity for NGLs, crude oil, refined products and petrochemicals; and 14 billion cubic feet of natural gas storage capacity.

*This press release includes "forward-looking statements" as defined by the Securities and Exchange Commission. All statements, other than statements of historical fact, included herein that address activities, events, developments or transactions that Enterprise expects, believes or anticipates will or may occur in the future, including anticipated benefits and other aspects of such activities, events, developments or transactions, are forward-looking statements. These forward-looking statements are subject to risks and uncertainties that may cause actual results to differ materially, including required approvals by regulatory agencies, the possibility that the anticipated benefits from such activities, events, developments or transactions cannot be fully realized, the possibility that costs or difficulties related thereto will be greater than expected, the impact of competition and other risk factors included in the reports filed with the Securities and Exchange Commission by Enterprise. Readers are cautioned not to place undue reliance on these forward-looking statements, which speak only as of their dates. Except as required by law, Enterprise does not intend to update or revise its forward-looking statements, whether as a result of new information, future events or otherwise.*

View source version on businesswire.com: <http://www.businesswire.com/news/home/20151223005435/en/>

Source: Enterprise Products Partners L.P.

\*\*\*\*\*

**Obama asks Silicon Valley for help in blocking ISIS online recruiting.**

**DEBKAF**file January 8, 2016, 2:33 PM (IDT)

The White House has sent top national security officials to seek the help of the Silicon Valley tech industry for stopping ISIS and other terrorist groups radicalizing and recruiting people online and for disrupting their use of major technology. A high-level session was scheduled Friday for bringing leaders from major technology and Internet companies together with Attorney General Loretta Lynch, FBI Director James Comey and Director of National Intelligence James Clapper, along with President Barack Obama's chief of staff and his top counterterrorism adviser.

<http://www.debka.com/newsupdate/14521/Obama-asks-Silicon-Valley-for-help-in-blocking-ISIS-online-recruiting>

\*\*\*\*\*

see our letter on: <http://www.massenbach-world.de/41259.html>

*\*Herausgegeben von Udo von Massenbach, Bärbel Freudenberg-Pilster, Joerg Barandat\**

\*\*\*\*\*

[UdovonMassenbach@t-online.de](mailto:UdovonMassenbach@t-online.de) [Mail@Freudenberg-Pilster.de](mailto:Mail@Freudenberg-Pilster.de) [JoergBarandat@yahoo.de](mailto:JoergBarandat@yahoo.de)